

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Andreas Hanna-Krahl

Abg. Martin Huber

Abg. Susann Enders

Abg. Doris Rauscher

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u. a.
(AfD)**

**Verbesserung der ärztlichen Versorgung und Verminderung der Wartezeiten bei
Kassenpatienten (Drs. 19/3686)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Roland Magerl.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Roland Magerl (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht gerade jemand, der ständig mit ins Plenum hochgezogenen Anträgen glänzt. Trotzdem habe ich diesmal ein Thema aus dem Ausschuss hochgezogen, weil es um eine Herzensangelegenheit von mir geht.

Wir erleben, was die Wartezeiten bei Ärzten, vor allem bei Fachärzten, angeht, immer mehr Unterschiede zwischen Kassenpatienten und Privatpatienten. Das hat mittlerweile Ausmaße angenommen, dass es sogar in Richtung Gesundheitsschädigung geht. Wenn man nach der Dusche irgendwo eine Veränderung auf seiner Haut feststellt, zum Beispiel ein Muttermal, dann will man natürlich einen Termin beim Facharzt ausmachen. Wenn man aber im Schnitt sechs bis acht Monate auf einen Termin beim Hautarzt warten muss, dann ist das nicht unbedingt beruhigend; denn man weiß ja nicht: Was habe ich? Ist es eine ernstere Geschichte, oder wird eine ernstere Geschichte daraus?

Das wollen wir auf der Grundlage dieses Antrags in Zukunft besser machen, das heißt, wir wollen das Problem abstellen. Dieses Anliegen betrifft das ganze Haus, nicht bloß uns. Wir alle sollten daran arbeiten; das sind wir der Bevölkerung definitiv schul-

dig. Auch Patientenschützer haben die langen Wartezeiten für Kassenpatienten schon kritisiert.

Der Antrag, den wir in den Ausschuss eingebracht haben, ist dort abgelehnt worden. Verschiedenste Gründe wurden genannt. Zum einen habe sich die KVB damit schon beschäftigt, zum anderen sei es eine Bundesangelegenheit. Das sind Gründe, die ich an dieser Stelle so nicht stehen lassen möchte.

(Beifall bei der AfD)

Die Realität in Bayern ist leider alarmierend. Wir haben für Kassenpatienten im Durchschnitt zehn Monate Wartezeit auf eine Mammografie und acht Monate Wartezeit auf einen Hautarzttermin. Für manche Spezialuntersuchungen liegt die Wartezeit manchmal schon bei zwölf Monaten. Diese Entwicklungen sind, gerade wenn es um Krebs geht, nicht länger hinnehmbar.

Wir haben in unseren Antrag ein paar Lösungen hineingeschrieben. Zum einen brauchen wir effizientere Terminservicestellen; dort kann man an der einen oder anderen Stellschraube drehen. Ein Aspekt betrifft deren Erreichbarkeit, vor allem durch ältere Menschen, die online noch nicht so gut unterwegs sind und eine solche Servicestelle noch nie in Anspruch genommen haben. Wenn man Menschen im ländlichen Bereich darauf anspricht, dann stellt man fest, dass viele die Servicestellen noch gar nicht kennen. Das ist ein Punkt, wo man definitiv etwas machen kann.

Wir haben uns im Ausschuss auch über unseren zweiten Vorschlag unterhalten: Die Wartezeiten auf Arzttermine sollen erfasst und regelmäßig veröffentlicht werden. Natürlich ist uns entgegengehalten worden, das sei ein Bürokratiemonster. Das sehen wir an dieser Stelle nicht so. In Zeiten von KI bietet mittlerweile jeder Friseur die Möglichkeit, Termine online zu buchen bzw. einzusehen. Das sollte doch auch bei den Ärzten umsetzbar sein. Jede Zulassungsstelle nutzt mittlerweile ein solches System. Nur bei den Ärzten soll es nicht klappen, Kolleginnen und Kollegen? Wenn es aber darum geht, ein europäisches Kapitalregister einzuführen, dann ist das alles kein Thema.

(Beifall bei der AfD)

Zudem müssen die Hausbesuche der Ärzte gezielter gefördert werden. Wir haben einen demografischen Wandel. Die Bevölkerung wird immer älter. Somit verzeichnen wir immer mehr Erkrankungen, die es den Menschen – es sind vorwiegend ältere – nicht mehr ermöglichen, einen Arzt aufzusuchen. Auch bei Hausbesuchen bestehen mittlerweile massive Wartezeiten. Das ist ebenfalls ein Problem, das wir definitiv abstellen sollten.

Auch was die Neuaufnahme von Patienten angeht, gibt es ein Problem. Wenn jemand gerade im ländlichen Bereich einen Hausarzt sucht, dann ähnelt das wirklich dem blanken Horror. Man muss sehr lange herumtelefonieren, bis man einen Arzt findet, der einen aufnimmt.

Kolleginnen und Kollegen, die Gesundheitsversorgung sollte uns allen hier im Hohen Haus ein wichtiges Anliegen sein. Die Parteipolitik sollte sich nicht auf dem Rücken der Bevölkerung abspielen. Jeder Bürger hat das Recht auf schnelle und zuverlässige Gesundheitsversorgung. Wir setzen uns dafür ein.

Wenn es in unserem Antrag an der einen oder anderen Stelle "zwick", dann lassen wir uns gern an die Hand nehmen, damit wir gemeinsam etwas erreichen können – für die Bürger in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Kollegin Dr. Andrea Behr von der CSU-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich treffe zu diesem Thema jetzt ein paar verständliche Aussagen. – Der Antrag der AfD-Fraktion richtet sich schlichtweg an die falsche Adresse; denn die Systematik ist bundesrechtlich festgelegt. Ändern kann sie nur der Bundesgesetzgeber, nicht die Bayerische Staatsregierung.

In der Schule würde man jetzt sagen: Thema verfehlt! Setzen! Sechs! – Aber ich bin keine Lehrerin, sondern eine aufmerksame Kollegin; daher werde ich noch einmal versuchen, es Ihnen zu erklären.

Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung obliegt der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, KVB, also der Selbstverwaltung. Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege übt die Rechtsaufsicht über die KVB aus und kann Entscheidungen nur dann beanstanden, wenn diese eindeutig rechtswidrig wären.

Außerdem übersieht die AfD-Fraktion die bereits erfolgten Umsetzungsmaßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung. Um Patienten bei der Suche nach einem Facharzt zu unterstützen, hat die KVB die Terminservicestelle Bayern eingerichtet. Die überwiegende Mehrzahl der Arzttermine wird ohnehin durch die jeweiligen Arztpraxen vergeben, sodass die Terminservicestelle lediglich eine Ergänzung des bestehenden Terminvergabesystems darstellt.

Bezüglich der Erreichbarkeit der TSS steht das bayerische Gesundheitsministerium schon seit Längerem in engem Austausch mit der KVB. Diese hat bereits diverse Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit ergriffen. Dazu gehören der Einsatz von Voicebots für einfache Anfragen, die gezielte Einstellung von Personal sowie die Möglichkeit der Videoberatung DocOnLine.

Letztlich hängt eine Verbesserung der Vermittlung jedoch nicht nur von einer besseren Erreichbarkeit der Terminservicestelle ab, sondern in erster Linie von freien Arztterminen. Durch die Abschaffung der Neupatientenregelung durch die Ampel-Regierung ist für Ärzte ein wichtiger Faktor weggefallen, neue Patienten anzunehmen. Bayern hatte im Zuge der Gesetzesberatungen im vergangenen Jahr mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der Pläne, die auf einen Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Lauterbach zurückgehen, zu einer Verschärfung der Wartezeitproble-

matik führen wird. Leider wurden die Forderungen des bayerischen Gesundheitsministeriums auf der Bundesebene nicht umgesetzt.

Jetzt, auf den letzten Metern, versucht die Ampel im Bundestag, mit Hilfe einer Entbudgetierung der Hausärzte ihre verfehlte Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre zu korrigieren.

(Arif Taşdelen (SPD): "Früher war alles besser!"?)

Das ist viel zu spät und reicht längst nicht aus.

(Anna Rasehorn (SPD): Deswegen: Bürgerversicherung!)

Die Neupatientenregelung auch für Fachärzte muss wieder eingeführt werden, ebenfalls die Entbudgetierung. Sonst kann sich an der Terminvergabe nichts ändern. Ärzte müssen betriebswirtschaftlich arbeiten können. In der momentanen Situation brauchen wir uns nicht zu wundern, dass kein junger Mensch mehr eine Praxis übernehmen, geschweige denn neu gründen möchte. Ich sage Ihnen eines: Diese Situation wird noch schlimmer werden, wenn nicht sofort die Bürokratie abgebaut wird, Ärzte sich wieder um ihre Patienten kümmern können, nicht um den Datenschutzbeauftragten, den Brandschutzbeauftragten und was es noch so alles gibt.

Hippokratischer Eid hin oder her: Wenn ich am Anfang des letzten Quartals für den Kassenpatienten kein Geld mehr bekomme, muss ich mich als Arzt mit den Privatpatienten bis zum Ende des Jahres über Wasser halten. Miete, Strom, Lohnkosten, Laborkosten müssen bezahlt werden, und darauf nimmt niemand Rücksicht. Da bedarf es einer kompletten Umstrukturierung des Systems und nicht einer schnellen Hauruck-Aktion. In Österreich, Holland und der Schweiz läuft es anders, und dort gehen unsere gut ausgebildeten Ärzte hin, wenn sie eins und eins zusammenzählen können.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die anderen bleiben da!)

Zum weiteren Punkt in Ihrem Antrag: Eine valide Erfassung von Wartezeiten auf Arzttermine ist in einem dezentralen Gesundheitssystem mit freier Arztwahl kaum umsetzbar, da die Definition vom Verhalten und der Erwartungshaltung jedes Versicherten abhängt. Zudem ist ein solch absolutes Bürokratiemonster undenkbar, und ich denke, wir wollen Bürokratie abschaffen. So wie Sie das dargestellt haben, ist das genau das Gegenteil. Die Vorstellung, dass die Leute die jeweiligen Daten beständig in Systeme einpflegen sollen, ist ein absoluter Wahnsinn. Wir wollen Bürokratie abbauen, und deswegen ist es so nicht umsetzbar.

Ganz klar ist: Wartezeiten auf Arzttermine zu verkürzen ist wichtig. Das sind wir auch unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Wer wochenlang auf einen Facharzttermin warten muss, der fühlt sich zu Recht alleingelassen. Deswegen müssen wir eine komplette Systemänderung herbeiführen. Die mit dem Antrag verbundenen Maßnahmen sind keineswegs zielführend, und aus diesem Grund lehnen wir diesen Schaulaufenantrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jawohl, die Wartezeit auf Arzttermine, insbesondere auf Facharzttermine, ist zu lang. Ja, das ist ein ernsthaftes Problem, das wir alle endlich anpacken müssen. Aber was uns die AfD hier als vermeintliche Lösung präsentiert, ist nichts weiter als eine billige Augenwischerei, eine Blendgranate, die von den eigentlichen Herausforderungen unseres Gesundheitssystems ablenken soll.

(Lachen bei der AfD)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag zeigt einmal mehr, dass die AfD den Lauf der Zeit einfach verschlafen hat. Sie bleiben stehen, während sich unser Gesundheitssystem längst weiterentwickelt. Der Antrag, den Sie hier vorlegen, der kratzt nicht mal an der Oberfläche eines strukturellen Problems und verkauft den Menschen eine vermeintliche Lösung, die in Wahrheit keine ist. Das ist ein Placebo-Antrag, ein nutzloser Trostpflaster-Antrag, und er bringt keinerlei echte Verbesserung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Worüber reden wir hier jetzt eigentlich, meine Damen und Herren? – Jawohl, es gibt in Bayern eine Terminservicestelle der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Diese Terminservicestelle vermittelt rund um die Uhr Arzt- und Psychotherapeutentermine, telefonisch und online. Das System funktioniert. Man kann an der einen oder anderen Schraube sicherlich noch drehen, aber die Aussage, wie sie daran drehen will, bleibt die AfD in diesem Antrag komplett schuldig. Das fehlt völlig in diesem Antrag. Was fehlt und was die AfD hier auch wieder einmal vollkommen ignoriert, ist eine echte Strukturreform im Gesundheitssystem. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung und Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung. Wir brauchen Gesundheitszentren, wir brauchen mobile Arzt- und Ärztinnenteams, wir brauchen Community Health Nurses, die gerade in die strukturschwachen Regionen rausgehen und dort eine zentrale Rolle spielen können.

(Widerspruch bei der AfD)

Davon steht in diesem Antrag nichts, nichts und wieder nichts.

Nun zur Digitalisierung. Schauen wir auf die Digitalisierung: Während in anderen Ländern in ganz Europa längst moderne Telematik-Infrastrukturen existieren, die Patientendaten effizient verwalten und Behandlungsprozesse auch beschleunigen, weil die Wartezeit in Echtzeit angezeigt wird, arbeiten wir hier weiter mit Papierakten. Wo bleibt da die Forderung der AfD nach einer echten Digitalisierungsoffensive? – Nichts steht dazu in diesem Antrag. Was ist eigentlich mit der Zwei-Klassen-Medizin, von der Sie

gesprachen haben? – Die AfD redet in diesem Antrag von der gleichen Versorgung für alle, aber wagt es nicht, das eigentliche Problem bei der Wurzel anzupacken, dass Privatpatienten aufgrund finanzieller Anreize bevorzugt behandelt werden. Eine solidarische Bürgerversicherung würde genau dieses Problem lösen, aber auch genau das will die AfD hier wieder nicht ansprechen.

(Anna Rasehorn (SPD): Sehr gut! Meine Rede!)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend gesagt, ist dieser Antrag nicht nur unzureichend. Er ist eine Bankrotterklärung einer modernen Gesundheitspolitik.

(Anna Rasehorn (SPD): So sieht es aus! – Zuruf von der AfD)

Abschließend vielleicht noch ganz kurz zu diesem Hochziehen von Anträgen, das die AfD hier immer wieder praktiziert. Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wissen Sie, wenn Ihnen in einem Ausschuss vier andere Fraktionen einstimmig sagen, dass das, was Sie vorschlagen, ein Schmarrn ist, dann bleibt das ein Schmarrn, auch wenn Sie das ins Plenum hochziehen.

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

Ein Schmarrn bleibt ein Schmarrn, egal wie oft man darüber redet.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich das Wort dem Kollegen Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Widerspruch des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

– Sie hatten aber gedrückt. Dann meldet sich der Kollege Huber. Er hatte sich gemeldet und nur zurückgezogen, weil er geglaubt hat, dass Sie sich gemeldet haben. Bitte.

Martin Huber (AfD): Also lieber Kollege, ich muss mich schon über das wundern, was Sie da von sich geben. Wer ist denn an der Regierung? – Sie gehen hier ans Mikrofon und sagen: Wir brauchen das, und wir brauchen das. Wir haben die Anregung, dass die Wartezeit zu lang ist. Und dann stellen Sie Forderungen auf. Ja, wer ist denn die letzten Jahre an der Regierung gewesen? Warum habt ihr nichts gemacht? Und jetzt gescheit daherreden! Also ich bin wirklich enttäuscht. Gehen Sie mal nach Berlin, geben Sie dort mal eine Anregung. Gehen Sie dort ans Mikrofon und sagen: Das müssen wir auch machen. – Da höre ich nichts von Ihnen. Das ist fadenscheinig, wirklich fadenscheinig.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Also ich weiß ja nicht wirklich, wo Sie gerade sind. Aber ich bin im Bayerischen Landtag, und im Bayerischen Landtag macht man Politik auf Landesebene. Das ist das Ziel, und genau dazu habe ich gesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Gründe für die Wartezeiten von Patientinnen und Patienten sind nun mal vielfältig und häufig auch ärgerlich, unnötig, frustrierend. Der Staat kann hier nur teilweise steuern. Das Thema Telemedizin spielt dabei eine Rolle, ebenso auch der Erhalt einer breiten medizinischen Versorgung auf dem Land. Wir FREIE WÄHLER haben bereits mit der Landarztquote oder mit dem Hebammen-Bonus Beiträge zum Erhalt der regionalen Strukturen geleistet. Wir haben uns gerade als FREIE WÄHLER sehr laut und sehr deutlich ganz massiv gegen die Abschaffung der Neupatientenregelung im Bund

gewehrt. Das war ein Beitrag dazu, dass es auch weiterhin mit der Terminvergabe nicht besser werden wird. Das ist, wie gesagt, Bundespolitik.

Was wir nicht wollen – und damit komme ich jetzt zum vorliegenden Antrag –, ist eine weitere Bürokratisierung; denn die Vorschläge, die Sie in diesem Antrag gemacht haben, geben keinerlei Benefit für den Patienten.

Aus unserer Sicht ist der Antrag aber vor allen Dingen auch komplett falsch adressiert. Er übersieht auch vollkommen die bereits erfolgten Umsetzungsmaßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Ich nenne hier noch mal die Terminservicestelle Bayern.

Das absolute Grundproblem, neben vielen anderen Problemen in diesem Antrag, ist der Adressat; denn die Zuständigkeit liegt nun mal nicht beim Freistaat. Solange Sie das nicht begreifen und zielgerichtet danebensteuern, kann man diesem Antrag auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Kollegin Doris Rauscher. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kollegen der AfD! Ihre Forderungen tragen überhaupt nicht zum Erreichen des Ziels bei.

(Beifall bei der SPD)

Die Wartezeiten sind nur ein Symptom unter vielen Problemen. Das erlebt jeder von uns, der sich bei einem Praxisbesuch einmal die Zeit nimmt und die Mühe macht, mit dem Personal in einer Praxis zu sprechen. Die überlastete Praxis gehört nämlich zu einem Mangel an Ärztinnen, Ärzten und anderem medizinischen Personal und sicherlich auch zu einem zu schleppenden Vorgehen bei der Digitalisierung.

Über eine Wiedereinführung der Neupatientenregelung könnte man eventuell noch diskutieren, aber nur auf Basis einer sachlichen Analyse der Daten und sicherlich nicht, wie die Kollegin schon erwähnt hat, hier im Bayerischen Landtag. Diesen Antrag kann man einfach nur ablehnen; ansonsten wurde schon vieles gesagt. Ich spare jetzt einfach Redezeit ein und plädiere auf Ablehnung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.